

Erhard Crome

Deutschland auf Machtswegen

Moralin als Ressource für
weltpolitische Ambitionen

VSA:



Erhard Crome
Deutschland auf Machtwegen

Erhard Crome studierte Außenpolitik am Institut für Internationale Beziehungen der DDR in Potsdam-Babelsberg, von 2002 bis 2016 war er Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Jetzt ist er Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik in Potsdam.

Erhard Crome
Deutschland auf Machtwegen
Moralin als Ressource
für weltpolitische Ambitionen

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

welttrends.de

© VSA: Verlag 2019, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlagfoto: Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft am 9. Juni 2018 US-Präsident Donald Trump außerhalb der Tagesordnung des G7-Gipfels in La Malbaie (Kanada); dazwischen der japanische Ministerpräsident Shinzo Abe und US-Sicherheitsberater John Bolton (Foto: Jesco Denzel/Bundesregierung/dpa).

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
ISBN 978-3-96488-002-4

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

Kapitel 1

In weltpolitischen Minenfeldern	9
--	----------

Bombenstimmung	9
----------------------	---

INF-Vertrag. Die aufgekündigte Sicherheit	10
---	----

Deutsche Bombenträume	13
-----------------------------	----

Entbindung Deutschlands?	17
--------------------------------	----

Atomkriegsperspektiven	21
------------------------------	----

Einstudieren einer neuen Rolle	29
--------------------------------------	----

Die Frage nach einer alternativen Politik	31
---	----

Deutsche Verweigerung	32
-----------------------------	----

Ein Kanzlerinnen-Nachtrag	36
---------------------------------	----

Kapitel 2

Weltgeschichtliche Tektonik	39
--	-----------

Mächte und Gefahren	40
---------------------------	----

Die Weltsystemperspektive	42
---------------------------------	----

Aufrüstung unaufhaltsam?	45
--------------------------------	----

Imperialismustheoretisches	46
----------------------------------	----

Imperiale Welt des 21. Jahrhunderts	47
---	----

Kapitel 3

Die »deutsche Frage«	51
-----------------------------------	-----------

Der europäische Zusammenhang	51
------------------------------------	----

Historische Last	53
------------------------	----

Die »deutsche Frage« als Problem der politischen Ordnung	56
--	----

Der liberal-parlamentarische Staat als historisch Neues	62
---	----

Die DDR in der deutschen Geschichte. Ein Exkurs	66
---	----

Kapitel 4

Geistige Neuausrüstung	71
-------------------------------------	-----------

Zum Beispiel Thomas Mann	72
--------------------------------	----

Der historische Schnitt	78
-------------------------------	----

In der Häutungsphase	80
----------------------------	----

Identitätswechsel	82
-------------------------	----

Der moralisierende Anspruch	86
-----------------------------------	----

Kapitel 5	
Deutsche Hegemonie	89
Frühe außenpolitische Erwägungen	89
Erste Debatten um Hegemonie	92
»Europäisches Deutschland« und »deutsches Europa«	95
Bruch und Kontinuität	97
Eine alte Debatte um Hegemonie	101
Kapitel 6	
Geopolitisches Europa	105
Die neue Entgrenzung	107
Neue Kriege	110
Eine »europäische Antwort«	115
Strukturkämpfe und Einflussfaktoren	118
Kapitel 7	
Die Exportnation	125
Der wirtschaftliche Hintergrund	126
Interne Spannungen	128
National-staatliche Machtkomplexe	132
Politische Konsequenzen	135
Kapitel 8	
In den globalen Rivalitäten	141
Der verunsicherte Junior-Partner	143
Bindungsverlust-Angst als politisches Problem	148
Feindbild Russland und Geopolitik im Osten	153
Feindproduktion	157
Eine grundlegende Fehleinschätzung	160
Kapitel 9	
Die Crux mit der EU	165
Im internationalen Kräftespiel	168
Das Brexit-Problem	171
Innere Spannungsprozesse	174
Literatur	179

Einleitung

Nach der vollständigen Niederlage Hitlerdeutschlands und der Befreiung der Völker Europas, darunter des deutschen Volkes, vom Faschismus am 8. Mai 1945 (nach Moskauer Zeit am 9. Mai 1945) schien die Geschichte deutscher Machtpolitik in Europa abgeschlossen zu sein. Ein Dreivierteljahrhundert später stellt sich das anders dar.

Die Außenpolitik des vereinten Deutschlands hat mittlerweile eine eigene Geschichte von bald 30 Jahren. Die Deutschen hatten im 20. Jahrhundert zweimal versucht, den Kontinent erobern, zumindest beherrschen zu wollen. Unter der verbrecherischen Regierung Hitlers war keine Untat zu groß für dieses Ziel. Seine Vereitelung erforderte die Kraftanstrengung nahezu aller anderen Staaten und Nationen; den Ausschlag gaben schließlich die »Randmächte« Sowjetunion und USA. Allerdings verstrickten sie sich danach in den Kalten Krieg gegeneinander, der zur Verschleuderung eines beträchtlichen Teils des Bruttosozialprodukts führte. Am Ende waren die Ressourcen der Sowjetunion erschöpft. Das realsozialistische Herrschafts- und Gesellschaftssystem brach zusammen, die UdSSR zerfiel. In der Mitte Europas erstand das vereinigte Deutschland neu, als habe es den Kalten Krieg gewonnen.

Viele Menschen in den beiden Deutschländern hofften nach dem Mauerfall und der deutschen Vereinigung auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und in Mali, versehen Aufgaben einer »Schutztruppe« in Südosteuropa und übernehmen in Litauen, direkt an Russlands Grenze, von neuem militärische Kommandoaufgaben, »die Führung der NATO-Speerspitze« (Merkel 2019b: 3). Deutsche Kriegsschiffe sind wieder auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist erneut Zentralmacht Europas, dominiert die EU und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Mit dem Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten der EU sollen Möglichkeiten geschaffen werden, auch unabhängig von den USA Militärmacht einsetzen zu können.

Das ist mit drastischen Steigerungen des deutschen Militärhaushaltes verbunden. Für 2019 sind 43,2 Mrd. Euro beschlossen. Das ist eine Steigerung gegenüber 2014 um 36%. Bis 2024 sollen es 80% mehr sein (von der Leyen 2019: 4). Zentrale Bedeutung hat der auf dem Gipfel von Wales 2014 gefasste Beschluss über das »Zwei-Prozent-Ziel« erlangt: Alle NATO-Staaten vereinbarten, spätestens im Jahr 2024 2% des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für militärische Rüstungen auszugeben. Die Rüs-

tungsproduktion soll erhöht und sowohl transatlantisch als auch innerhalb EU-Europas stärker abgestimmt werden. Dieser Beschluss ist in der Zeit der Präsidentschaft des nach außen hin nett wirkenden Barack Obama (2009-2017) gefasst worden, unter tätiger Mitwirkung der deutschen Kanzlerin. Insofern ist regierungsamtliches Raisonnement in Deutschland, dass US-Präsident Donald Trump diese zwei Prozent nun einfordert, fehl am Platze – Beschlüsse im Nordatlantikrat, zumal auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, müssen einstimmig gefasst werden. Angela Merkel ist verantwortlich. Ohne sie hätte es den Beschluss von Newport nicht gegeben. Sie verschwieg der deutschen Wählerschaft nur, dass sie diese Erhöhung seit Jahren beabsichtigt.

Wenn die zwei Prozent tatsächlich erreicht werden, sind es real über 80 Mrd. Euro im Jahr. Derzeit heißt es, Bundesfinanzminister Scholz (SPD) würde die Planungen von der Leyens (CDU) ausbremsen. Wer nach der nächsten Bundestagswahl dieses Amt bekleidet, muss sich jedoch erst noch zeigen. Infrage gestellt wird gleichzeitig, dass genügend Geld im Staatshaushalt für eine Grundrente vorhanden ist. Allerdings sind nur 15% der Menschen dieses Landes für eine solch drastische Erhöhung der Militärausgaben, 60% lehnen eine Steigerung auf mehr als 1,5% ab (*www.welt.de*, 11.7.2018). Dagegen sind 61% der Befragten für eine Grundrente (*ZDF-Politbarometer*, 8.2.2019). Folgte die Bundesregierung dem Wähler*innenwillen, müsste sie sich gegen eine erneuerte Kriegsführungsfähigkeit Deutschlands und für die Grundrente und andere Sozialausgaben entscheiden.

Kapitel 9

Die Crux mit der EU

Am 1. April 2019 übernahm Deutschland den Vorsitz im UNO-Sicherheitsrat. Seit 1. Januar ist das Land zum sechsten Mal als nichtständiges Mitglied für zwei Jahre in dieser wichtigsten Institution der Vereinten Nationen; rechnet man die Mitgliedschaft der DDR in diesem Gremium 1980/81 mit, ist es das siebente Mal. In den 1990er Jahren – es war immer noch die Regierung von Helmut Kohl – setzte sich in der politischen Klasse die Position durch, dass dem vereinigten Deutschland ein Ständiger Sitz im UNO-Sicherheitsrat zustünde. Den haben seit 1945 die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland (in Nachfolge der Sowjetunion) und China inne, verbunden mit dem sogenannten Veto-Recht, also allein einen Beschluss des Gremiums blockieren zu können. Außerdem sind das die fünf akzeptierten Atommächte. Da klar war, dass niemand nur wegen der Deutschen eine Veränderung der Regularien vornehmen würde, entspann sich eine Debatte um eine Reform des Sicherheitsrates insgesamt. Zumindest Japan sollte ebenfalls hinzukommen, dann mindestens ein Ständiges Mitglied aus Asien, Lateinamerika und Afrika. Es gab aber keine Bereitschaft, auch Neumitglieder mit einem Veto-Recht auszustatten.

Dass Deutschland während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat 2003/04 den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg der USA nicht unterstützte, missfiel den Vereinigten Staaten. Sie äußerten sich zu einer ständigen Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat öffentlich nicht, taten aber nichts für eine Reform. Diplomatische Bemühungen der deutschen Außenpolitik in Drittländern, Unterstützung für den Ständigen Sitz einzuwerben, trafen regelmäßig auf obstruktive Gegenschritte Italiens. Am Ende war Pakistan gegen eine Dauermitgliedschaft Indiens, Afrika konnte sich auf keinen Staat aus seinen Reihen einigen, China war gegen Japan und drohte mit seinem Veto gegen das Gesamtpaket. In der UNO-Vollversammlung fiel das Projekt im Sommer 2005 durch und war damit für unabsehbare Zeit begraben.

Die nächste deutsche Idee war, Großbritannien und Frankreich zu gewinnen, ihre Ständigen Sitze im Sicherheitsrat gewissermaßen zu splitten, Deutschland einzubeziehen bzw. einen ihrer zwei Sitze in einen EU-Sitz umzuwandeln. Abgesehen davon, dass auch dies im Sicherheitsrat bzw. in der Vollversammlung der Vereinten Nationen hätte akzeptiert werden müssen, winkten beide ab. Im Hinblick auf Müncklers Idee – die eigentlich von Michael Mann ist – von den vier Machtsorten (Münckler 2015: 45) war das zu erwarten. Deutschland ist den anderen Europäern als Wirtschaftsmacht über

den Kopf gewachsen. Gerade deshalb ist aber für Großbritannien und Frankreich der Sitz im Sicherheitsrat, verbunden mit ihren Atomwaffen, nicht nur symbolisch Ausdruck ihrer politischen Macht. Sie entscheiden über die großen Fragen von Krieg und Frieden und der politisch-militärischen Weltentwicklung mit, wo Deutschland nur bitten oder appellieren – oder, wenn es gerade wieder nichtständiges Sicherheitsrats-Mitglied ist, ohne Veto-Recht mit abstimmen kann. In Bezug auf Großbritannien hätte sich die Sache mit dem Brexit ohnehin erledigt. Frankreich bleibt dabei, seinen Sitz auch künftig lieber selbst einzunehmen.

Die Ausweichvariante war nun, in der nominierenden Gruppe immer wieder um eine Aufstellung zu werben. Zu dieser »Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten« gehören 29 UNO-Mitgliedsstaaten, außer den Staaten Westeuropas (im Sinne des Verständnisses von vor 1989) auch die USA, Kanada und die Türkei sowie Australien und Neuseeland, ferner Israel. Dass Deutschland nunmehr zum vierten Mal seit der deutschen Vereinigung für zwei Jahre Mitglied des Sicherheitsrates ist, verdankt es eifrigem diplomatischen Antichambrieren und gezieltem Taktieren in NATO und EU, zuweilen auch geschickt eingefädeltten Kampfabstimmungen und gewiss auch der Tatsache, dass Deutschland der viertgrößte Beitragszahler zum regulären UNO-Haushalt sowie zum Budget der Friedensmissionen ist. Zudem ist Deutschland zweitgrößter Geber im humanitären Bereich, unter anderem für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Welternährungsprogramm sowie das Internationale Rote Kreuz. Das ist an sich eine wichtige, humanitäre Angelegenheit. Gleichwohl gilt: Tue Gutes und rede darüber! Damit die anderen das zu schätzen wissen.

Das Auswärtige Amt hat für das deutsche Wirken im Sicherheitsrat ab 2019 ein Programm präsentiert:

1. den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheitspolitik zu thematisieren;
2. sich für die Agenda »Frauen, Frieden, Sicherheit« einzusetzen, um »Frauen zu einer stärkeren Rolle bei der Prävention und Bewältigung von Konflikten zu verhelfen« und »sie besser vor sexualisierter Gewalt in Konflikten zu schützen«;
3. die Stärkung des humanitären Völkerrechts, insbesondere den Schutz humanitärer Helfer und den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten;
4. »neue Impulse zur Abrüstung und Rüstungskontrolle [zu] geben«;
5. Menschenrechte und Sicherheit gemeinsam zu betrachten, weil »massive Menschenrechtsverletzungen [...] häufig Ursache von Konflikten sind« (*new-york-un.diplo.de*, 1.1.2019).

Das sind wichtige Themen, und es ist gut und friedenspolitisch wichtig und unterstützenswert, dass die offizielle deutsche Außenpolitik sich dieser Themen annimmt. Deutschland hat nicht die machtpolitische Position, wie die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates mit Veto-Recht und eigenen militärischen Kapazitäten. Deshalb stehen beim außenpolitisch-diplomatischen Wirken, etwa im Sicherheitsrat, die »weichen« Themen der Internationalen Beziehungen im Mittelpunkt. Das sind jedoch dieselben Bedingungen, aus denen ein anderer Teil der politischen Klasse und der Herrschenden in Deutschland ableitet, das Land müsse endlich wieder kriegsführungsfähig werden. Insofern sind das Vorantreiben der richtigen und wichtigen außenpolitischen Themen einerseits, und das Bestreben, endlich wieder auch militärisch agieren zu können, zwei Seiten derselben Medaille.

Deshalb sind die Ambivalenzen und wiederum die kognitiven Dissonanzen anzumerken. Das Eintreten für Abrüstung und das zwanghafte Wiederholen, man wolle unbedingt zwei Prozent des BIP für Aufrüstung ausgeben, passen nicht zusammen. Ebenso wenig der Schutz der Frauen und der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und die deutschen Rüstungsexporte, etwa an Saudi-Arabien. Menschenrechtsschutz und Kampf gegen den Klimawandel und das insbesondere auch von Deutschland betriebene Agieren der EU für den »freien Welthandel« und die Abschaffung von Schutzzöllen sowie den Abbau von Sozialausgaben in den armen Ländern des Südens konterkarieren sich ebenfalls wechselseitig. In gewissem Sinne ist es mit der politischen Macht wie mit dem Kapitalismus: Auch wenn Profit das Ziel der Produktion ist, gibt es am Ende keinen Wert ohne Gebrauchswerte – alles andere ist Scharlatanerie und am Ende fällt das Kartenhaus zusammen. Auch wenn im außenpolitischen Agieren Machtzuwachs der eigentliche Zweck ist, muss es politische Gebrauchswerte geben, die etwas mit Frieden, Humanität, Wohlstand der vielen und nicht nur weniger, Menschenrechten und Freiheitsrechten zu tun haben. Genau betrachtet, wie es Mephisto zu Faust sagt: Der Geist als »Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft« (Goethe 1996: 47).

Zur Eröffnung der Vorsitz-Rolle am 1. April war Außenminister Heiko Maas extra nach New York gereist. Großspurig erklärte er, Deutschland wolle dazu beitragen, »dass der Sicherheitsrat seiner Rolle im Krisenmanagement gerecht wird«, der Sicherheitsrat sei schließlich »Dreh- und Angelpunkt für die Lösung von Konflikten und die Wahrung des Weltfriedens«. Das klingt wie: Ohne die Deutschen können die das nicht – und am besten wäre es, wir sind immer dabei. *Der Spiegel* spöttelte, das passte »zum deutschen Mantra, mehr internationale Verantwortung übernehmen zu wollen« (www.spiegel.de, 2.4.2019). Dort trat Maas auch zusammen mit dem fran-

zösischen Außenminister Jean-Yves Le Drian auf. Frankreich hatte zuvor im März den Vorsitz im Sicherheitsrat inne, beide Vorsitze wurden als miteinander verknüpft deklariert. Damit konnte etwas vom Glanz der französischen Veto-Macht auf die deutsche Außenpolitik abstrahlen, ohne dass Frankreich real etwas abgeben musste.

Im internationalen Kräftespiel

Auch beim Thema »Deutschland und der UNO-Sicherheitsrat« ist deutlich: Die deutsche Position in der Welt ist von der EU als Hinterland und vom Wohlwollen der anderen EU-Länder, vor allem der anderen großen (im EU-Maßstab) Mächte abhängig. Die Europäische Union steht allerdings in verschiedener Hinsicht unter Druck. Zunächst sind noch einmal die globalen Faktoren zu erinnern:

Die nordatlantische »Welt des weißen Mannes«, die seit der Entdeckung Amerikas und der Eroberung der Welt durch die Europäer 500 Jahre lang die Erde beherrscht hat, verliert schrittweise an Macht und Einfluss. Das Schwerkraft der Weltwirtschaft verlagert sich wieder nach Asien, besonders nach China. Damit verlagern sich tendenziell auch die Gewichte der Weltpolitik.

- Die USA als »einzig verbliebene« Supermacht haben den Zenit ihrer Macht überschritten. Die Entwicklung läuft auf eine Neuverteilung von Macht und Einfluss in der Welt hinaus, an der auch die Europäische Union beteiligt ist, sofern sie sich als ein eigenständiges Machtzentrum konsolidiert. Die derzeitigen Krisenprozesse können jedoch auch ein Scheitern der EU, wie wir sie kennen, zur Folge haben.
- Die Verheißungen des Neoliberalismus haben sich für viele Menschen als weithin uneinlösbar erwiesen. Ein nachhaltiger neuer Wirtschaftszyklus hat sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008ff. im kapitalistischen Weltssystem nicht ausformen können.
- Die gewachsenen Spannungen im Verhältnis zu Russland und den USA, die auch mit der Osterweiterung der NATO und den Krisenprozessen um die Ukraine zusammenhängen, beeinflussen auch die äußere und innere Lage der EU. Die Europäische Union ist von diesen Prozessen betroffen und zugleich Akteur innerhalb dieses Beziehungs- und Konfliktgefüges. Sie ist zudem von inneren Krisenprozessen betroffen. Dazu zählt zunächst die Austeritätspolitik, in deren Vollzug ein massiver Sozialabbau in Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und anderen Ländern erzwungen sowie die gewählte griechische Regierung faktisch entmachtet wurde. Hinzu kommen die sich vollziehenden Fragmentierungsprozesse der Union. Sie

sind möglich, weil die EU dem Wesen nach zwar eine »Union« auf vertraglicher Grundlage ist, die jedoch aus weiterhin souveränen Einzelstaaten besteht. Hier ist zunächst die Gruppe der mitteleuropäischen Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn) zu nennen. Sie existiert seit 1991 und sollte ursprünglich die gemeinsame Verhandlungsposition im Hinblick auf den EU-Beitritt stärken. Heute dient sie vornehmlich als Konsultationsmechanismus, den die rechten bzw. nationalistischen Regierungen dieser Länder in ihrer Gegnerschaft gegenüber der deutschen bzw. EU-Flüchtlingspolitik seit 2015 nutzen.

Eine weitere Gruppierung innerhalb der EU ist die »Drei-Meer-Initiative« von zwölf Staaten. Sie will eine Abstimmung der Länder im östlichen Teil der EU erreichen, die zwischen den »drei Meeren« – Ostsee, Adria und Schwarzes Meer – liegen. Sie wurde 2016 insbesondere auf Betreiben Polens geschaffen. Neben den Visegrád-Staaten gehören ihr Estland, Lettland und Litauen sowie Slowenien, Kroatien, Rumänien, Bulgarien und Österreich an. Mit einem Gipfel in Warschau in Anwesenheit von US-Präsident Donald Trump am 6. Juli 2017, am Vorabend des G20-Gipfels von Hamburg, bekräftigten diese Staaten ihre Distanz gegenüber der deutsch-französischen Dominanz in der EU und ihre Gegnerschaft gegen das deutsch-russische Pipeline-Projekt »Nord Stream 2«. Allein schon das Treffen mit Trump zeigte, dass die beteiligten Staaten sich ggf. auch auf die USA, die dem Wesen nach und mit Trump erst recht geo-ökonomischer Konkurrent der EU als Ganzer sind, zu beziehen bereit sind, um das deutsch-französische Direktorat auszubalancieren.

Hinzu kommt der »17+1-Gipfel«. Das waren zunächst regelmäßige Treffen der Regierungschefs von 16 ostmitteleuropäischen Staaten mit dem Ministerpräsidenten Chinas. Teilnehmer sind wieder die Visegrád-Staaten mit den anderen Staaten der Drei-Meer-Initiative – ohne Österreich – plus die anderen Balkanstaaten: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. 2019 trat Griechenland der Initiative bei. Geschaffen wurde der Verbund im Rahmen der 2012 in Budapest gegründeten »Kooperation zwischen China und mittel- und osteuropäischen Ländern«. Schon bei der Gründung kündigte der chinesische Ministerpräsident eine Kreditlinie über 10 Mrd. US-Dollar und einen Investitionsfonds von 500 Mio. US-Dollar an. Sehr zum Missfallen der alten EU-Staaten – also vor allem Deutschlands – weitet China so seinen Einfluss in den östlichen EU-Mitgliedsländern schrittweise aus.

Bei dem Treffen des chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang in Budapest mit den Regierungschefs der 16 Staaten sagte China der Region rund drei Mrd. US-Dollar für die Infrastrukturfinanzierung zu, darunter sollen

zwei Mrd. US-Dollar über die *China Development Bank* fließen. Der Vorsitzende des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, der Deutsche Bernd Lange (SPD) meinte: »Chinas Investitionen in Osteuropa bergen die Gefahr einer zunehmenden Spaltung der EU«, China kaufe sich mit seinen Milliardenengagements in den mitteleuropäischen- und östlichen EU-Ländern »Einfluss auf die europäische Politik« (FAZ, 28.11.2017). Viktor Orbán hatte jedoch bereits bei einem Besuch in Peking im Mai 2017 gesagt: »Das alte Modell der Globalisierung geht seinem Ende entgegen, der Osten hat mit dem Westen gleichgezogen, und ein beträchtlicher Teil der Welt hat genug davon, von den westlichen Industrienationen über Menschenrechte und Marktwirtschaft belehrt zu werden!« (www.zeit.de, 29.11.2017)

Für Griechenland war der Beitritt interessant wegen des Hafens von Piräus. Im Zuge der durch die deutsche Regierung und die EU zur Schuldensanierung erzwungenen Privatisierungen kaufte zwar die deutsche Fraport AG für 40 Jahre die Nutzung von 14 der 37 griechischen Regionalflughäfen (es waren die gewinnbringendsten), doch der Hafen von Piräus, der der größte und profitabelste griechische Hafen ist, ging an die chinesische Cosco-Gruppe, einen weltweit agierenden Großreeder und Logistikbetreiber (Scheunemann 2016: 30f., 36f.). Wenn hier ebenfalls gedacht war, dass deutsche Firmen zum Zuge kommen sollten, hatten sich die deutschen Zwangssaniierer des griechischen Haushaltes verspekuliert. Piräus ist jetzt ein wichtiger Endpunkt des chinesischen Seidenstraßenprojekts in Europa. Das Missfallen der Deutschen und der EU-Bürokratie über dieses chinesische Großprojekt wächst in dem Maße, wie es weiter Gestalt annimmt.

Schließlich der »Südgipfel«, zu dem sich vor dem EU-Gipfel der 27 von Bratislava (2016) die Staats- und Regierungschefs von Griechenland, Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Malta und Zypern trafen. Sie forderten eine Lockerung der Austeritätspolitik und mehr Investitionen. Ob der französische Präsident Emmanuel Macron sich vorwiegend auf die »deutsch-französische Achse« verlassen, oder auch auf die Südlinie setzen wird, um französische Interessen durchzusetzen, blieb bisher offen. Je mehr die deutsche Bundesregierung jedoch in der Frage einer Antwort auf die Vorschläge von Macron zu einer EU-Reform weiter hinhaltend reagiert und im Kern der Sache nicht positiv antwortet, desto mehr wird Frankreich nach Wegen suchen, sich der deutschen Bevormundung zu entziehen. Hinzu kommt das Problem, dass Macron nach Nicolas Sarkozy und François Hollande der dritte französische Präsident ist, der der deutschen Regierung und der Brüsseler Kommission gegenüber zugesagt hatte, ein neoliberales Programm der Sozialkürzung à la Schröder auch in Frankreich zu exekutieren, und nun von der empörten Bevölkerung daran gehindert wird. Wenn er scheitert, wer-

den rechte oder linke »Populisten« in Frankreich an Zuspruch gewinnen. So könnte nicht nur das neoliberale Modell der derzeitigen EU, sondern auch die deutsche Hegemonie ins Rutschen kommen.

Das Brexit-Problem

Mit dem Brexit-Entscheid der britischen Bevölkerung geht die EU-Integration in die Breite erstmals nicht vorwärts, sondern zurück. Eines der größten und wirtschaftlich stärksten europäischen Länder ist entschlossen, den Integrationsverbund zu verlassen. Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands lag 2018 bei 3.386 Mrd. Euro, das Großbritanniens bei 2.390 Mrd. Euro. Besorgt fragten Analytiker der britischen Regierung 1989/90, ob angesichts einer Konstellation, die aussah wie jene am Anfang des 20. Jahrhunderts, Europa dazu verurteilt sei, seine Geschichte zu wiederholen. Margaret Thatcher, damals Premierministerin, sah Großbritannien in einer Zwickmühle: »Der westliche Ansatz, Deutschland nach dem Krieg vermehrt einzubinden und alle eventuellen Hegemoniebestrebungen im Keim zu ersticken, war gleichzeitig auch der Weg zu einem immer enger zusammenarbeitenden Europa geworden. Die Unterstützung der Wiedervereinigung, für die Großbritannien als Nato-Mitglied und auch Thatcher selbst sich ein ums andere Mal ausgesprochen hatten, hatte sich aus Sicht der Premierministerin als Irrweg entpuppt: Entgegen ihrem Willen [...] schwächte diese Strategie das Vereinigte Königreich und trug zu einem von Deutschland beherrschten Europa bei.« (Hoyng 2013)

Ganz in diesem Sinne hatte der britische Historiker Niall Ferguson schon früher die Frage gestellt: »Was wäre gewesen, wenn Großbritannien sich 1914 aus dem Krieg herausgehalten hätte? Wäre der Erste Weltkrieg nie ausgefochten worden, dann hätte die Konsequenz schlimmstenfalls so etwas wie ein erster kalter Krieg sein können, in dem fünf Großmächte weiterhin große Streitkräfte unterhalten, ohne jedoch ihr eigenes nachhaltiges ökonomisches Wachstum zu bedrohen. Wenn man andererseits einen Krieg geführt hätte, aber ohne Beteiligung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, dann hätten die siegreichen Deutschen wohl acht Jahrzehnte vor der Zeit eine Version der Europäischen Union geschaffen. [...] Wäre Großbritannien [...] im Abseits geblieben, hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre, jedoch ohne die massive Schwächung der britischen Macht in Übersee als Konsequenz der Beteiligung an zwei Weltkriegen.« (Ferguson 1999: 395, 397) Diese Betrachtung wurde besonders unter deut-

schen Historikern damals verschrien. Das sei kontrafaktische Geschichtsdarstellung, die sich für Fachleute verbiete – Ferguson ist jetzt Professor in den USA und gilt als gefragter Spezialist für das Thema, wie eine absinkende Weltmacht ihren Machtverlust so lange wie möglich hinauszögert.

Gleichwohl ist unter einer solchen angelsächsischen Perspektive die Dominanz Deutschlands in Europa der folgerichtige Ausdruck der geo-politischen und geo-ökonomischen Verhältnisse des Kontinents und in der Welt, stellt die Europäische Union im Grunde nur die verkappte und institutionalisierte Vorherrschaft der Deutschen über Europa dar, dessen Teil innerhalb der EU nun auch Großbritannien ist. Das Vereinigte Königreich hatte aber nicht zwei siegreiche Weltkriege geführt und dabei sein Empire verloren, um am Ende einen geo-politischen Platz zugewiesen zu bekommen, den es 1914 auch ohne Krieg hätte haben können.

In vielerlei Betrachtungen über den kommenden Brexit und das zu erwartende Chaos eines »harten Brexit« wird vor allem hierzulande nur krämerhaft über Kosten und Nutzen – vor allem für Bosch, Siemens usw. – geredet, aber nicht über nationalen Stolz, Ehre und Geschichte. Die Mehrheit der Deutschen hält solche Begriffe für veraltet. Nach den Nazi-Verbrechen für den eigenen nationalen Kontext gewiss zu Recht. Das bedeutet aber nicht, dies auch allen anderen Völkern abzusprechen. Gewiss ist das Deutschland von heute nicht mit dem von 1940 vergleichbar. Gleichwohl sind es immer noch oder wieder »die Deutschen«, von denen andere in Europa sich herumkommandiert, bevormundet oder belehrt sehen. Vielleicht sollte man über den Brexit noch einmal etwas ruhiger nachdenken, jenseits rein »realpolitischer« oder »realwirtschaftlicher« Argumentationen.

Herfried Münkler, der sich gern als Vordenker deutscher Hegemonie in Europa präsentiert, hat – wie bereits erwähnt – 2015 betont, es liege im fundamentalen Interesse Deutschlands, dass Großbritannien in der EU verbleibt. Nachdem in Großbritannien die Brexit-Entscheidung gefallen war, hätte es deutsche Politik sein sollen, die Folgen für Großbritannien so weit als möglich abzumildern. Stattdessen halluzinierte man sich die Gefahr weiterer Austritte – die tatsächlich in keinem anderen EU-Land bestand –, und überließ es der EU-Kommission und dem französischen Chefunterhändler Michel Barnier, ein Austrittsabkommen auszuhandeln. Für dessen Bedingungen gibt es im britischen Unterhaus offensichtlich keine Mehrheit. Kommentatoren meinen, die Position der britischen Regierung sei halsstarrig und realpolitisch nicht vernünftig. Das aber hat Tradition. Aus der Sicht der Berliner Regierung war es im Frühjahr 1940 ebenfalls unvernünftig, Hitlers Angebot eines Verständigungsfriedens auszuschlagen: Die Kampfhandlungen werden eingestellt, die Deutschen machen auf dem Kontinent, was

sie wollen, und London herrscht weiter in seinem Empire. Und das zu einer Zeit, da die Deutschen Frankreich und große Teile Europas erobert hatten, die USA Winston Churchill noch keine definitive Unterstützung zugesagt hatten und die Sowjetunion faktisch Hitlers Kooperationspartner war.

Seitdem der Brexit-Vertrag im Unterhaus durchgefallen ist, brauchte eine Auflösung der verfahrenen Lage neue Angebote aus EU-Europa. Dazu waren aber Merkel im Abendlicht ihres Kanzlerinnendaseins und Macron unter dem Druck der französischen Bevölkerung nicht in der Lage. Der Historiker Andreas Rödder plädiert dafür, dass Deutschland neben der engen Zusammenarbeit mit Frankreich auch eine mit Großbritannien braucht. »Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich bringen zusammen ein Gewicht von 210 Millionen Einwohnern, drei G7-Staaten, zwei Atommächten mit Ständigem Sitz im Weltsicherheitsrat und einer Exportsupermacht auf die weltpolitische Waage. Eine britisch-deutsch-französische Kooperation würde eine konstruktive Form der politischen Führung in Europa eröffnen. Sie böte die Möglichkeit eines konstruktiven Umgangs mit dem Brexit – und sie wäre ein Projekt von geradezu historischer Dimension, mit dem das wiederholte Versagen gemeinschaftlicher Führung in Europa seit dem 19. Jahrhundert überwunden werden könnte.« (Rödder 2018: 261) Damit wäre das Problem einer Subordination Großbritanniens unter ein »deutsches Europa« gelöst, doch das deutsch-französische Verhältnis wäre aus dem EU-Kontext gelöst und ebenfalls auf diese Augenhöhe gebracht. Zugleich wäre die EU relativiert, was Rödder auf den Begriff einer »flexiblen Union« bringt, die unterschiedliche Dichten der Integration und verschiedene Geschwindigkeiten akzeptiert (ebenda: 259).

Brendan Simms dagegen meint, Großbritannien sei »die letzte europäische Großmacht«. Beim BIP rangiert Großbritannien weltweit an fünfter Stelle, liegt aber pro Kopf gerechnet vor Deutschland und unter den großen Ländern nur hinter den USA. Es hat den drittgrößten Militärhaushalt nach den USA und China (das stimmt für 2018 nicht mehr; Großbritannien gab 50 Mrd. US-Dollar aus und lag auf dem siebenten Platz weltweit, jedoch wieder vor Deutschland mit 49,5 Mrd. US-Dollar) und verfügt über Atomwaffen, die selbständig einsatzfähig seien. Großbritannien hat den Ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat mit Veto-Recht und ist, weil es nicht in die Eurozone eingebunden ist, »immer noch ein souveräner Staat«. »Kurz gesagt, der britische Niedergang ist – ebenso wie der amerikanische – häufig verkündet worden, aber nie eingetreten. Das Vereinigte Königreich ist aufgrund seiner militärischen Stärke, seiner Wirtschaftskraft, seiner demografischen Vitalität, seiner gesellschaftlichen und politischen Robustheit und vor allem der weltweiten Anziehungskraft seines Verfassungsmodells eine

Großmacht geblieben.« (Simms 2019: 302, 309) Zugleich verweist Simms auf die »Anglosphäre«, in der Großbritannien auf besondere Weise mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland verbunden ist.

Sein Fazit lautet: »In den letzten fünfhundert Jahren haben die Europäer politisches Unglück in vielerlei Form erfahren, vom Absolutismus über den Jakobinismus, die napoleonische Tyrannei, den Nationalsozialismus und den Sowjetkommunismus bis zur gut gemeinten, aber kreuzlahmen Europäischen Union.« Die zählt er hier auch zu den Plagen Europas. Im Unterschied »zu buchstäblich allen anderen Staaten Europas« war England bzw. Großbritannien niemals besetzt oder geteilt und deshalb »nie bloß Objekt, sondern stets ein Subjekt europäischer Politik«. Deshalb ist auch nach dem Brexit die EU »kein Feind des Vereinigten Königreichs«. »Man sollte sie am besten als moderne Form des alten Heiligen Römischen Reiches betrachten, das vielleicht glücklos und aufdringlich, aber nicht böse ist. Sie braucht Hilfe.« Ein Scheitern der EU und ein »Zusammenbruch der gegenwärtigen kontinentalen Ordnung« wäre auch für die Briten »ein katastrophaler Schlag« (ebenda: 342f.).

Hier zeigt sich ein völliger Gegensatz der britischen und der deutschen Wahrnehmung und Beschreibung der eigenen Lage und der der Gegenseite. Wahrscheinlich resultiert die Unfähigkeit beider Seiten, mit dem Brexit vernünftig umzugehen, genau daraus. Am Ende heißt dies für die Verantwortlichen in Deutschland: Der »ostensible Menschheitsauftrag« bleibt auch im 21. Jahrhundert aus. Es scheitert zum dritten Mal an der deutschen Selbstüberschätzung – und den Briten.

Es sei denn, man findet doch rasch ein Arrangement zum beiderseitigen Vorteil. Rödder signalisiert ja bereits die Bereitschaft eines Teils der deutschen politischen Klasse, die bisherige EU zumindest teilweise zur Disposition zu stellen.

Innere Spannungsprozesse

Die EWG/EG/EU sollte nach dem Ende des Kalten Krieges, den maßgeblichen Protagonisten als Sieg des Westens über den osteuropäischen Sozialismus ansahen, den neuen Bedingungen gemäß umgebaut werden. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) wurde die EU gegründet und auf »drei Säulen« gestellt: die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die schließlich zum Euro führte, eine engere Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik sowie eine vertiefte Zusammenarbeit in den Bereichen Inneres und Justiz. Da zugleich eine Osterweiterung der EU auf die Tages-

ordnung gerückt war, beschloss der Europäische Rat in Kopenhagen (1993) vier Beitrittskriterien: (1) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Wahrung der Menschenrechte und der Minderheitenrechte im Beitrittsland; (2) eine funktionsfähige Marktwirtschaft, die in der Lage ist, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standzuhalten; (3) die Übernahme des sog. Gemeinschaftlichen Besitzstandes (*Acquis communautaire*), das heißt aller bestehenden Verträge, Vorschriften und Regelungen der EU; (4) die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen und zugleich »die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten«. Während die ersten drei Kriterien in den Ländern durch die EU-Kommission und ihre Beauftragten mehr oder weniger streng kontrolliert wurden, war die Umsetzung des vierten Kriteriums im Grunde stillschweigend vorausgesetzt worden.

Bereits mit den Verträgen von Amsterdam (1997) und von Nizza (seit 2003 in Kraft) sollte eine bessere Funktionsweise der Institutionen der EU erreicht werden. Der Versuch, der EU eine förmliche Verfassung zu geben, war durch Volksentscheide in Frankreich und den Niederlanden 2005 gescheitert. Mit dem Vertrag von Lissabon (2007, in Kraft seit 2009) wurden die EU-Verträge insgesamt revidiert, wichtige inhaltliche Festlegungen der Verfassung (EU-Grundrechtecharta) übernommen und eine Reihe institutioneller Veränderungen vorgenommen. Die Festlegungen zu Militäreinsätzen aus dem Nizza-Vertrag wurden erweitert. Die EU ist seither auch ein Militärbündnis.

Die institutionellen Unausgewogenheiten – weiterhin nur begrenzte Rechte des EU-Parlaments, Übergewicht der Kommission, also der Exekutive, Letztentscheidung durch den Europäischen Rat – bestehen fort. Insbesondere das Demokratiedefizit: Die Rechte, die den nationalen Parlamenten durch »Europa« genommen werden, kommen im Europäischen Parlament nicht an. Hinzu kommt, dass die Mechanismen zur Bewältigung der Finanzkrise seit 2007, die durch die gemachte Politik zur »Eurokrise« wurde, außerhalb des Lissabon-Vertrages geschaffen und durchgesetzt wurden.

Die Krise der EU ist zunächst eine institutionelle und strukturelle Krise, hinter der eine soziale und politische Krise steht und hinter dieser letztlich die in der Schwebe gehaltene, aber nicht gelöste Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese wiederum ist in Gestalt der Euro-Krise eine Finanz- und Bankenkrise, eine Verschuldungskrise, eine Konjunkturkrise, eine Nachfragekrise. Die marktradikale Krisenpolitik der EU-Institutionen und der Regierungen hat die Armut in weiten Teilen der Bevölkerungen und die wirtschaftlichen Ungleichgewichte vergrößert. Das Projekt der EU-Integration erfuhr einen sichtlichen Vertrauensverlust. Die Flucht- und Migrationsbewegungen haben all diese Probleme weiter zugespitzt.

Maßgebliche Politiker der EU bzw. der großen EU-Länder – insbesondere Deutschlands, Frankreichs und Polens – waren gemeinsam mit der USA-Regierung an dem Regimewechsel in der Ukraine 2013/14 beteiligt. Das hat wesentlich zur Verschlechterung der Beziehungen zu Russland beigetragen. Ob die EU jedoch dauerhaft in der Lage ist, die Assoziation der Ukraine wirtschaftlich und sozial zu verkraften, ist noch nicht sicher. Es wird weder für die Ukraine noch für die Türkei in absehbarer Zeit eine realistische Beitrittsperspektive geben können. Die erklärte Beitrittsperspektive für die Westbalkan-Staaten, die noch nicht in der EU sind, brächte weitere Belastungen und würde höchstens zu einem Peripherie-Status innerhalb der EU führen, wie er faktisch für Bulgarien, Rumänien und Kroatien geschaffen wurde. Die EU steht vor dem Problem ihrer Überdehnung. Die Probleme reichen weiter, als die Problemlösungskapazität, über die Berlin und Brüssel verfügen.

Die Ungleichheit in den EU-Ländern und zwischen ihnen hat sichtbar zugenommen. Damit erodieren ihre Grundlagen. EU-Europa über das Geld zu einen, ohne zuvor oder zumindest gleichzeitig eine Sozialunion und eine Umwelt-Union zu schaffen, hat sich als äußerst problematisch erwiesen. Die Wettbewerbs-Union belastet ihre Grundlagen. Den deutschen Außenhandelsüberschüssen in der EU steht die Verschuldung vieler anderer Länder gegenüber. Auch innerhalb der Union gilt, dass der Saldo am Ende eine Null sein muss. Jeder Überschuss auf der einen Seite hat ein Defizit auf der anderen zur Voraussetzung.

Die Folge ist, dass die Asymmetrie des Wachstums die wirtschaftliche Entwicklung in den Südländern der EU weitgehend zum Erliegen gebracht hat. Bei der Einführung des Euro herrschte der Glaube vor, dass er Schutz bieten würde vor den Zumutungen der Globalisierung. Tatsächlich hat er die Probleme vergrößert. In Portugal, Spanien, Griechenland, Italien und sogar in Frankreich haben sich Deindustrialisierungsprozesse vollzogen, die auf absehbare Zeit irreversibel sind. Der Binnenmarkt als solcher führt zur Entindustrialisierung der Peripherie zugunsten des Zentrums, in dem vor allem Deutschland steht. Nur eine aktive Industriepolitik auf europäischer und auf nationaler Ebene – der wiederum die Marktregularien der EU entgegenstehen – könnte dem entgegenwirken. Die Stärkung der deutschen Exportindustrie ist die Kehrseite der Entindustrialisierung weiter Teile der EU. Und die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem Jugendarbeitslosigkeit, in den Südländern auf der einen und die niedrige in Deutschland auf der anderen Seite sind deren sozialer und wirtschaftlicher Ausdruck. Die Arbeitslosenquote betrug im März 2019 in Griechenland 18,5%, in Spanien 14,0%, Italien 10,2%, Frankreich 8,8% und in der EU insgesamt 6,4%. In Deutschland dagegen liegt sie bei nur 3,2% (<https://de.statista.com>).

Die Politik des Drucks auf die griechische Syriza-Regierung 2015 hat gezeigt, dass das Vertragsgefüge und die Institutionen der EU so verfasst sind, dass sie das neoliberale Wirtschafts- und Machtmodell in den einzelnen Ländern auch gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit, gegen das nationale Parlament und die rechtmäßige Regierung des Landes durchzusetzen in der Lage sein sollen und sind. Damit ist im Sinne des Neoliberalismus ein Vorrang der Wirtschafts- und Profitinteressen gegenüber der Demokratie systemisch festgeschrieben und verankert. Die Durchsetzung des Vorrangs der Demokratie erweist sich als ein zentrales Problem. Das bedeutet, es muss wieder möglich werden, eine soziale Politik im Dienste der Bevölkerung zu realisieren.

Die bisherigen Entwicklungen hatten ein Erstarken rechter Parteien und Regierungen in der EU zur Folge. Im Juni 2018 wurde in Italien die »populistische« Regierung von Premier Giuseppe Conte vereidigt, die von der als »linkspopulistisch« geltenden Fünf-Sterne-Bewegung und der rechten Lega (früher Lega Nord) getragen wird. Die beiden Parteien verfügen über die parlamentarische Mehrheit in beiden Häusern des Parlaments. In Österreich regiert die konservative ÖVP zusammen mit der rechtspopulistischen FPÖ. In Ungarn und Polen arbeiten die national-konservativen Regierungen weiter an einem Umbau des Staates. Eine »europäische Lösung« etwa des Flüchtlingsproblems, über die die deutsche Bundeskanzlerin seit Jahren redet, wird nun eine EU-Politik der Abschottung. Die rechten Regierungen und Parteien verfolgen zugleich eine Anti-EU-Politik und machten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 deutlich, eine starke Position im Parlament erreichen zu wollen.

Die weltpolitische Lage ist offenbar in eine dritte Etappe nach dem Zweiten Weltkrieg eingetreten, die Nach-Kalte-Kriegs-Phase ist beendet. Bei der Betrachtung der politischen Kräfteverhältnisse und Auseinandersetzungen in der EU und in den EU-Ländern ist im Grunde von drei Formationen auszugehen: den neoliberalen EU-Protagonisten auf der einen und den rechten, EU-gegnerischen Nationalisten auf der anderen Seite. Drittens die linken oder Mitte-Links-Kräfte, die die EU erneuern, nicht aber nationalistisch auflösen oder in eine Freihandelszone verwandeln wollen. Zugleich ist die EU inzwischen eine Realität, in der eine ganze Generation unter der Voraussetzung offener Grenzen innerhalb der Union und eines komplikationslosen Geldverkehrs auch im Privaten aufgewachsen ist. Das kann nicht mutwillig zur Disposition gestellt werden, ohne dass zusätzlicher sozialer und politischer Sprengstoff entsteht. Wie eine katastrophale Auflösung solcher Verhältnisse aussieht, kann bei einem Vergleich mit der Entwicklung in der Mitte und im Osten Europas nach 1919 besichtigt werden.

Am Ende ergeben sich vier Szenarien der weiteren Entwicklung in der EU:

- Den Institutionen der EU wie den Regierungen der EU-Länder gelingt für die nächsten 20 Jahre ein weiteres »Durchwursteln«, ohne dass die tieferen Probleme der Union tatsächlich gelöst werden. Dann bleibt alles, wie es derzeit ist, auch für die deutsche Hegemonialposition.
- Aufgrund ihrer inneren Probleme zerfällt die Euro-Zone, die EU als Wirtschafts- und Währungsunion bzw. Freihandelszone bleibt im Wesentlichen jedoch erhalten. Deutschland bliebe die hegemoniale Macht in der Mitte des Kontinents, aber unter völlig veränderten, spannungsvolleren Bedingungen.
- Der Schwebzustand »mehr als ein Staatenbündnis, weniger als ein Bundesstaat« wird aufgehoben und die EU-Integration in Richtung von »Verinigten Staaten von Europa« vorangetrieben. Das bedürfte jedoch eines entsprechenden politischen Willens. Nicht zuletzt, weil dann eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik erforderlich wäre. Die EU müsste als »eine Volkswirtschaft« funktionieren, innerhalb der auch entsprechende Umverteilungsprozesse erfolgen. Das ist derzeit das Traumbild einiger gut meinender Utopisten. In Deutschland – und im Grunde auch den anderen EU-Ländern – gibt es dazu in keiner der politischen Formationen eine Bereitschaft.
- Die EU zerfällt, entweder in mehrere Teile – wie einst das Römische Reich – oder in seine »natürlichen« nationalen Bestandteile. Das hätte jedoch neue Disparitäten, Konflikte und Spannungen zur Folge. Auch die Friedensfrage würde neu gestellt werden müssen. Die »deutsche Frage« würde Europa noch stärker belasten, weil sie trotz aller Probleme in der EU als Institution und mit den geltenden Vertragswerken immerhin eingeeht ist. Das Jahrhundertprojekt EU wäre gescheitert, nicht nur im Sinne des »kapitalistischen« Konstrukts, sondern auch im Sinne der lebensweltlichen Realität ihrer Bürger*innen. Eine Rückkehr zu einer idealisierten nationalen Vergangenheit wird es nicht geben können.